



## Antrag

der Abgeordneten **Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Harry Scheuenstuhl, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Annette Karl, Natascha Kohnen, Andreas Lotte, Bernhard Roos SPD**

### **Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa II: Stimmrecht für die Alpenkonvention in der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung setzt sich dafür ein,

- dass die Alpenkonvention bzw. deren Vertreterinnen in den bzw. Vertreter Gremien der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP) volles Stimmrecht erhalten;
- dass die bereits bewährte Governance-Struktur der Alpenkonvention sinnvoll für die Überwachung und Umsetzung der EUSALP genutzt wird;
- dass die Alpenkonvention eine Führungsrolle im Rahmen der Umsetzung der dritten Säule der EUSALP, Umwelt und Energie, übernimmt.

### **Begründung:**

Wenngleich mit der makroregionalen Strategie für den Alpenraum (EUSALP) ausdrücklich keine neuen Strukturen geschaffen werden sollen, haben die in der EUSALP vertretenen Staaten und Regionen in der Milan-Erklärung vereinbart, einen Vorstand für die Überwachung der Umsetzung des Aktionsplans EUSALP zu gründen. Dieser wurde mit Vertretern der Staaten und Regionen besetzt. Auch Vertreter der Alpenkonvention und des Alpenraumprogramms gehören dem Vorstand an, jedoch nur als Beobachter ohne Stimmrecht. Dies wird der Bedeutung, fachlichen Expertise und Erfahrung der Alpenkonvention nicht gerecht, so dass die Vertreter der Konvention zumindest ein gleichberechtigtes Stimmrecht erhalten müssen. Darüber hinaus verfügt die Alpenkonvention bereits über eine funktionierende und bewährte Governance-Struktur, die auch für die EUSALP genutzt werden könnte, was wiederum der EU-Vorgabe entgegen käme, keine neuen Strukturen zu schaffen. So steht beispielsweise in den Umweltministerien fast aller Alpenstaaten bereits ein eigener Ansprechpartner für die Alpenkonvention zur Verfügung und es wäre sinnvoll, diese wichtige Netzwerkrolle in die EUSALP-Governance zu integrieren, um als ein Bindeglied zur Alpenkonferenz, zum Ständigen Ausschuss, zu den thematischen Arbeitsgruppen, Plattformen usw. sowie zur Zivilgesellschaft zu fungieren.